

Völkermord in Darfur - Verbrannte Erde

Fouad Ibrahim, Wunstorf 2004

(erschieden in pogrom – bedrohte Völker, Heft 6/2004, Göttingen, S. 16-19))

Seit Februar 2003, dem Beginn des Bürgerkrieges in der westlichen Region des Sudan in Darfur, morden dort arabische Reitermilizen unterstützt durch die Truppen der sudanesischen Zentralregierung. Es gibt dort inzwischen mehr als 2 Mio. Binnenflüchtlinge, die Zahl der Getöteten stieg auf über 70 000. Arglose Zivilisten, Männer, Frauen und Kinder werden Opfer brutaler Gewalt, wenn ihre Dörfer über Nacht geplündert und durch Brandschatzen dem Erdboden gleichgemacht werden. Die Felder liegen brach, Vieh hat niemand mehr – außer den Reitermilizen der *Janjawid* mit ihren Kamelen. Weite Teile Darfurs sind durch den Krieg verwüstet und menschenleer. Viele Darfuris haben in den größeren Städten oder im Nachbarland Tschad Zuflucht gesucht, oft in Lagern. Kofi Annan entsandte eine hochrangige Kommission zur Untersuchung der Situation und sprach anschließend von versuchtem Genozid. Im Juli und im September 2004 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat Resolutionen zur Deeskalation der Gewalt, denen auch die sudanesische Regierung mit gewohnter Doppelzüngigkeit zustimmte. Die Fakten des am 3.11.2004 vorgelegten Berichts des UNO-Generalsekretärs zeigen deutlich, dass die sudanesische Regierung keineswegs geneigt ist, die menschliche Katastrophe in Darfur zu beenden. Eher ist das Gegenteil der Fall. Die Aufrüstung der Milizen wird fortgesetzt und Massengräber werden beseitigt, um Spuren des Völkermordes zu verwischen. Regierungstruppen zerstören immer wieder Flüchtlingslager und zwingen diejenigen, die dort Zuflucht gefunden haben, andere Lager aufzusuchen, in denen sie den Übergriffen der *Janjawid* noch stärker ausgesetzt sind. Nach langem Zögern erlaubte die sudanesische Regierung internationalen Hilfsorganisationen, in Darfur tätig zu werden. Jüngst wurden die Helfer von Staatspräsident Omar Al-Bashir jedoch als die „wirklichen Feinde des Landes“ bezeichnet.

Die internationale Gemeinschaft, die es sich selbst zur Aufgabe gemacht hat, Genozid zu verhindern und dabei im Detail festlegte, welche Maßnahmen in solch

einem Falle zu ergreifen sind, schaut den Gräueltaten in Darfur seit fast zwei Jahren tatenlos zu und macht sich dadurch mitschuldig. Warum verhängt sie keine wirksamen Sanktionen? Warum lässt sie sich von der sudanesischen Regierung mit leeren Versprechungen abspeisen? Warum greift man nicht ein, wenn ein Ultimatum abgelaufen ist, das Geforderte aber nicht geschah? Auch von dieser Seite hörte man bislang nur leere Worte und sah keine Taten.

- **Was ist der Hintergrund des Konflikts in Darfur?**

Seit 50 Jahren, d.h. seit der Sudan seine Unabhängigkeit erlangte, wurde Darfur vernachlässigt. Diese Region im äußersten Westen des Landes ist bis heute von der Hauptstadt aus auf dem Landweg nur in mehrtägiger Reise über eine Piste zu erreichen, und auch sonst fehlt jegliche Infrastruktur. Sie leidet mehr als andere Teile des Landes an Unterentwicklung, worauf die ungenannten Autoren des zweibändigen „Black Book“ hinweisen, das im Jahre 2000 erschien und unter der Hand unter Leuten, die sich für die Sache Darfurs engagieren weiter gereicht wurde. Dieses Buch stellte eine erste Kampfansage gegen die Unterdrückung und Benachteiligung der Menschen in Darfur dar, indem es u.a. Fakten zu den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Diskrepanzen im Lande offen legte. Der Hauptgrund für die Marginalisierung Darfurs liegt darin, dass seine Bewohner mehrheitlich Schwarzafrikaner sind, die von den Arabisch-Stämmigen, zu denen auch die Machthaber in Khartum gehören, nicht als Gleichwertige betrachtet werden. Diese Haltung ist ein Erbe aus der Zeit, als die Araber unter den Schwarzen Sklavenjagden verübten. Jahrhunderte des Sklavenhandels ließen sie reich werden. Während der Kolonialzeit verfestigte sich diese Hegemonie, insbesondere als die Briten an ihrem Ende die Macht im Staate in die Hände nordsudanesischer arabisch-stämmiger Gruppen legten. Diese Ungerechtigkeit gegenüber allen nicht-arabischen Sudanesen führte schon bald darauf zum Ausbruch des Bürgerkrieges im Südsudan, der bis heute nicht wirklich beendet ist.

Die arabischen Ethnien wanderten vor einigen Jahrhunderten aus verschiedenen Herkunftsgebieten in den Sudan ein. In Darfur stellen sie heute eine Minderheit dar, die an ihrer Hautfarbe, ihren Gesichtszügen und an ihrer Sprache zu erkennen ist. Ihr Arabertum ist für sie das wichtigste identitätsstiftende Merkmal, und sie werden gewöhnlich als „*arab*“ bezeichnet, auch wenn einige von ihnen infolge von Frauen- und Kinderraub aus anderen Ethnien negroide Züge tragen. Weiße

Ausländer können in der Regel die unterschiedlichen ethnischen Gruppen nicht voneinander unterscheiden, doch für die Einheimischen ist dies ebenso leicht wie bedeutsam für ihre sozialen Beziehungen

Der Bürgerkrieg in Darfur ist nicht mit demjenigen zu vergleichen, der seit Jahrzehnten im Südsudan geführt wird. In Darfur handelt es sich um einen Krieg, in welchem Täter wie Opfer Muslime sind, eine Tatsache, die allerdings den tief verwurzelten Rassismus nicht mindern konnte.

- **Wie kam es zur Eskalation der Gewalt?**

Seit den 1990er Jahren verstärkte die sudanesishe Zentralregierung ihre Unterstützung der arabisch-stämmigen Gruppen in Darfur. Sie rüstete unter ihnen Milizen mit modernen Waffen aus und betrieb gleichzeitig eine Politik der Landentfremdung unter der afrikanischen Bevölkerung. So vergab sie beispielsweise 30 Omudiat (Verwaltungsbezirke) des Masalit-Landes in Westdarfur an arabische Nomaden. Den Widerstand der afrikanisch-stämmigen Masalit hiergegen schlugen die Araber mit Unterstützung der sudanesischen Armee nieder. Ähnliche Zwischenfälle häuften sich in den Stammesgebieten der afrikanischen Fur und in Dar Zaghawa. Als die Razzien der Araber in der Folgezeit mit immer brutalerer Gewalt durchgeführt und ganze Dörfer der afrikanischen Ethnien ausgeplündert und dem Erdboden gleich gemacht wurden, versuchte die Regierung in Khartum, die selbst die Waffen geliefert hatte, die Sache herunter zu spielen und sprach von „Banditen“.

Um den schwer bewaffneten arabischen Milizen Widerstand leisten zu können, organisierten sich schließlich die Fur und die Zaghawa in Gruppen und nahmen den Kampf um ihre Rechte auf. Sie bildeten die SLM/A (Sudan Liberation Movement/Army) und die JEM (Justice and Equality Movement). Die sudanesishe Regierung sah in diesen Freiheitskämpfern eine Bedrohung für ihre eigene Sicherheit und versuchte, sie physisch auszulöschen. Sie rüstete die arabischen Milizen, die *Janjawid*, noch stärker auf und entsandte die Armee zur Unterstützung. Alle Dörfer, in denen man Sympathisanten der Aufständischen vermutete, wurden durch Razzien, teils auch durch Luftangriffe, gnadenlos dem Erdboden gleichgemacht. Innerhalb von 20 Monaten wurden mehr als 400 Dörfer niedergebrannt. Die Regierung in Khartum setzt hier erneut ihre Politik der verbrannten Erde ein, durch die sie seit den 1980er Jahren die Dinka aus Bahr El-

Ghazal vertrieb. In ähnlicher Weise „befreite“ sie ganze Landstriche zwecks Erdölförderung durch Bombardierung von den dort lebenden Menschen. Wenn es heute heißt, die sudanesisische Regierung wolle die aus ihren Dörfern geflohenen Darfuris in neuen Großsiedlungen wieder sesshaft machen, so ist dies ein eindeutiger Beweis dafür, dass es hier um Landentfremdung geht. Die Gebiete, in denen die niedergebrannten Heimatdörfer der Flüchtlinge und ihre Ländereien sich befinden, werden schließlich von Arabern kolonisiert werden.

Die arabische Minderheit, die auf diese Weise profitiert, hat letztlich ihre Machtbasis in der Regierung in Khartum sowie im gesamten Niltal, das den wirtschaftlichen Kernraum des Landes darstellt. Lokale Vorposten innerhalb Darfurs stellen jedoch auch die großen Städte dar mit ihren arabisch-stämmigen reichen Händlern, den hochrangigen Verwaltungsbeamten und den zahllosen Militärs und Geheimpolizisten, die dafür sorgen, dass ein Aufstand der afrikanischen Ethnien Darfurs chancenlos bleibt.

- **Ist eine Deeskalation der Gewalt möglich?**

Die Aussichten für Darfur sind düster. Machte die sudanesisische Regierung Zugeständnisse und erfüllte sie die Forderungen der Darfuris auf mehr Anerkennung, Unterstützung und Selbstbestimmung, so schüfe sie damit einen Präzedenzfall für andere Regionen im Lande, wie etwa die Nuba-Berge, Blue Nile oder Ostsudan, in denen es ebenfalls brodelt. Anlässlich der Besuche von Powell und Annan in Khartum im Sommer 2004 versprach die sudanesisische Regierung, Sicherheitstruppen zur Kontrolle der *Janjawiid* nach Darfur zu entsenden, obwohl es hinlänglich bekannt ist, dass eben diese Truppen es sind, die die mörderischen Milizen unterstützen und die Überfälle der einen nicht von den Kampfhandlungen der anderen zu unterscheiden sind. Zur realistischen Einschätzung der Erfolgsaussichten von Friedensverhandlungen zwischen der Regierung in Khartum und den Widerstandskämpfern in Darfur sollte man sich an den Erfahrungen mit dem Bürgerkrieg im Südsudan orientieren. Dort dauerten die Verhandlungen mehr als 15 Jahre – und der Friede ist immer noch nicht besiegelt.

Viele setzen ihre Hoffnungen auf den internationalen Druck gegenüber der sudanesischen Zentralregierung. Dieser ist zweifelsohne nötig – aber er wird immer begrenzt bleiben. Die USA und ihre Verbündeten sind nicht willens, eine zweite

Kriegsfront zu öffnen, solange der Konflikt im Irak andauert. Zudem hat sich Khartum in den letzten Jahren im Kampf gegen den internationalen Terrorismus kooperativ gezeigt, weshalb zumindest die USA zur Zeit nicht mit eiserner Faust durchgreifen möchten. Viele an sich einflussreiche Länder wie z. B. China zeigen starke wirtschaftliche Interessen im Sudan, seitdem dort Erdöl gefördert wird. Nahezu alle afrikanischen und arabischen Länder unterstützen die sudanesisische Regierung, weil sie selbst ähnliche innenpolitische Probleme haben, die sie wenn nicht mit gleich krasser Gewalt, so doch mit starkem politischem Druck unter Kontrolle halten.

- **Kann es eine nachhaltige Lösung geben?**

Eine nachhaltige Lösung kann nur erzielt werden, wenn die eigentliche Ursache des Problems beseitigt wird: nämlich die Marginalisierung der afrikanischen Bevölkerung und die Hegemonie der arabischen Gruppen. Bestehende Vorurteile in den Köpfen der Menschen wird man nicht ausrotten können. Ein Prozess der Demokratisierung wäre jedoch bereits ein Schritt in die richtige Richtung. Diesen im Sudan zu erzielen, müsste also vorrangiges Ziel sein. Solange jedoch die Militärjunta mit Hilfe der National Islamic Front in Khartum regiert, sind „good governance“ und Demokratie nicht denkbar. Die Regierung in Khartum sitzt fester im Sattel denn je, nur durch einen Militärputsch, so wie sie 1989 selbst an die Macht kam, kann sie gestürzt werden. Die Probleme Darfurs wären damit jedoch keinesfalls gelöst.

Man wird sich also mit Teillösungen begnügen müssen, wozu eine Deeskalation des Konfliktes gehört. Eine solche ist günstigsten Falls dann möglich, wenn die Aufständischen in Darfur ihre Forderungen minimieren, so dass die Zentralregierung weder ihr Gesicht verliert, noch ihre Position in Darfur gefährdet sieht. Sollte das Gerücht, dass Ölvorkommen in Darfur festgestellt wurden sich bestätigen, wäre die Lage allerdings vollends aussichtslos.

- **Sofortmaßnahmen zur Linderung der humanitären Katastrophe**

Um die Lage, die von vielen als die schlimmste humanitäre Katastrophe aller Zeiten in Afrika beschrieben wird, nicht weiter ausufern zu lassen, müssen folgende Dinge unverzüglich erfolgen:

- 1) Wiederherstellung der Sicherheit für die Menschen in Darfur

- 2) Leistung von Nothilfe - insbesondere für Frauen und Kleinkinder, die unmittelbar vom Hungertod bedroht sind
- 3) Wiederaufbau der wirtschaftlichen Basis der Bevölkerung, damit sie sich wieder selbst versorgen kann.

Wiederherstellung der wirtschaftlichen Basis der Bevölkerung:

Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Grundinfrastruktur ist eine Aufgabe der Entwicklungszusammenarbeit. Nachdem inzwischen die ganze Welt für das Darfur-Problem sensibilisiert wurde, müsste es möglich sein, ausreichende finanzielle Mittel für einen Wiederaufbau der Wirtschaft in der Region bereit zu stellen. Es sollte allerdings gewährleistet sein, dass die Zentralregierung ihre Haltung gegenüber den Hilfs- und Entwicklungsorganisationen ändert und sich kooperativ zeigt und vor allem sich nicht selbst dabei bereichert.

Wiederherstellung der Sicherheit:

Die Wiederherstellung der Sicherheit für die Männer, Frauen und Kinder in Darfur ist eine Grundvoraussetzung für alles Weitere. Sie könnte auf der Grundlage folgender Maßnahmen durchgesetzt werden:

- 1) Massiver wirtschaftlicher und politischer Druck auf die Regierung des Sudans, damit sie den Schutz des Lebens der Zivilbevölkerung gewährleistet. Die Regierung hat die *Janjawid* mobilisiert und rüstete sie auf. Sie gehören zu den seit jeher stark bewaffneten arabischen Kamelnomaden, vornehmlich den Ethnien der Jallul, der Mahriya, der Iraygat und der westlichen Fraktion der Messiriya und erhalten ihre Befehle von ihren Stammesoberhäuptern bzw. von der Regierung selbst. Diese ist deshalb auch in der Lage, ihrem Tun ein Ende zu setzen. Wenn die Regierung behauptet, dies nicht binnen eines Monats bewerkstelligen zu können, so ist sie unglaubwürdig.
- 2) Massiver Druck auf alle Kriegsparteien, einen Friedensvertrag miteinander auszuhandeln. Eine Fortsetzung der Friedensverhandlungen ist ein wichtiger Beitrag zu Deeskalation der Gewalt.
- 3) Eine dringende Aufforderung an alle Kriegsparteien, unverzüglich eine gut vorbereitete Stammeskonferenz in Darfur einzuberufen, auf der Opfer und

Aggressoren sich nach traditionellem Recht aussöhnen und das Ausmaß der Genugtuung festgesetzt wird.

- **Traditionelle Aussöhnung zwischen den Stämmen**

Der zuletzt genannte Punkt ist besonders wichtig, bedarf aber einiger Erläuterungen:

In manchen Teilen der Welt vermögen traditionelle Institutionen auch in heutiger Zeit Frieden zu stiften, wo moderne Waffen und westliche Diplomatie versagen. Ein eindrucksvolles Beispiel hiervon zeigte sich im August 2004 am Beispiel des Großajatollah Ali El-Sistani, des religiösen Oberhauptes der Schiiten im Irak, dessen Eingreifen in eine ebenfalls mit brutaler Gewalt ausgetragene Auseinandersetzung äußerst effektiv war. Der gebrechliche alte Mann erreichte binnen Stunden, was den Amerikanern und ihren Verbündeten in Monaten nicht gelungen war.

Auch im Sudan gibt es funktionierende traditionelle Institutionen zur Konfliktlösung und -bewältigung und zur Aussöhnung zwischen Konfliktparteien. Eine von ihnen ist die Stammeskonferenz. Im islamischen Milieu haben solche Konferenzen eine tief religiöse Bedeutung. Dass in Darfur alle am Konflikt beteiligten Parteien Muslime sind, würde sich beim Abhalten einer solchen Konferenz als Vorteil erweisen, denn die Sitzungen beginnen und enden mit Rezitationen aus dem Koran, durch welche die Teilnehmer zu rechtem Tun und zur Versöhnung aufgerufen werden. An solchen Konferenzen nehmen nicht nur die Stammesoberhäupter der Konfliktparteien teil, sondern auch die übrigen tribalen Chiefs der wichtigsten Ethnien des Landes – allerdings nicht unter Einschluss des Südsudans, wo es eigene Stammeskonferenzen gibt. Die Anwesenheit von Oberhäuptern der am Konflikt nicht beteiligten Ethnien hat den Sinn, die Neutralität und Fairness der Verhandlungen sicher zu stellen. Zusätzlich zu diesen werden die sog. „*ajawid*“ geladen. Diese sind weise Männer von hohem Ansehen. Unter ihnen findet man religiöse Führer, insbesondere Sufi-Scheikhs, ebenso wie Politiker und Gelehrte. Voraussetzung ist, dass sie von allen am Konflikt Beteiligten akzeptiert werden. Die eigentlichen Täter und die Opfer sind bei solchen Stammeskonferenzen in der Regel selbst nicht anwesend. Richtungweisend für die Verhandlungen sind „*schari'a*“ (islamische Gesetze) und „*salif*“ (wörtlich „Vergangenheit, Tradition“). Letzteres ist ein ungeschriebener Korpus von Präzedenzurteilen aus früheren Stammeskonferenzen

der beteiligten Konfliktparteien. Danach wird z. B. die Höhe der „*dija*“ (Blutpreis) festgelegt, meist in einer Anzahl von Rindern. Anders als bei dem westlichen Rechtssystem geht es hier nicht um eine Bestrafung der Täter, sondern um eine Entschädigung der Opfer bzw. ihrer Familien sowie um eine Aussöhnung zwischen den Konfliktparteien. Die Entrichtung der Entschädigung, die auch symbolisch sein kann, liegt in der Verantwortung des gesamten Stammes, dem der Täter angehört, und wird durch dessen Oberhaupt sicher gestellt.

Konfliktschlichtung nach traditionellem Ritual ist im Sudan – auch in Darfur - bis heute üblich. Wenn die im August 2004 in Khartum abgehaltene Konferenz sich als wenig produktiv erwies, so liegt dies daran, dass eine Reihe von Rahmenbedingungen und das gesamte Umfeld dort nicht stimmten. Es ist zu hoffen, dass die geplante Darfur-Stammeskonferenz, die im November 2004 in Libyen abgehalten werden soll, eine bessere Akzeptanz haben und zu einer Entspannung der Lage führen wird.

Es ist überaus bedauerlich, dass die westlichen Politiker ebenso wie die Vertreter der internationalen Hilfsorganisationen an solchen Versöhnungskonferenzen nicht interessiert sind. Es gibt dafür jedoch verschiedene Gründe: Einerseits sind sie mit den tatsächlichen Verhältnissen in der Region, den Gewohnheiten, der Mentalität und der Religiosität der Menschen dort nicht vertraut. Deshalb glauben sie nicht an die Bedeutung solcher Institutionen. Andererseits sind sie auch nicht bereit, einige Wochen auf den Ausgang einer Stammeskonferenz zu warten, die ihnen ohnehin Unbehagen bereitet, weil sie außerhalb ihrer Kontrollsphäre liegt. Selbst als Beobachter können sie Wesentliches nicht erfassen, weil sie der Sprache nicht oder nicht hinlänglich mächtig sind. Traditionelle Stammeskonferenzen würden zudem die Arbeit vieler Organisationen und Personen überflüssig machen, die jetzt vor Ort agieren. Man darf nicht übersehen, dass die Entwicklungszusammenarbeit auch ein bedeutender Arbeitsmarkt für die reichen Länder ist, so dass man inzwischen von einer „Aid-Industrie“ spricht.

Auch die organisierten Freiheitskämpfer in Darfur betrachten solche Stammeskonferenzen zum gegenwärtigen Zeitpunkt als ungeeignet. Sie befürchten eine Verwässerung ihres Grundanliegens. Ihr Ziel ist nicht eine räumlich und zeitlich begrenzte Deeskalation der Gewalt, sondern eine nachhaltige Lösung für ein altes strukturell bedingtes Syndrom, das aus der zentral-peripheren politischen Situation

erwachsen ist. Ihre Argumente sind zweifelsohne berechtigt, und man kann sie nicht einfach von der Hand weisen. Es ist in der Tat erforderlich, dass zwei verschiedene Strategien verfolgt werden:

- Einerseits müssen die Verhandlungen mit der Zentralregierung fortgesetzt werden, um eine nachhaltige politische Lösung zu erreichen, durch die der Benachteiligung der peripheren Räume und der marginalisierten Gruppen des Sudan ein Ende gesetzt wird.
- Gleichzeitig muss man jedoch durch eine Versöhnungskonferenz traditioneller Art bewirken, dass die Tätergruppen ihre Gewalt beenden und sich zu dem Geschehenen bekennen, so dass die Opfer zumindest in minimalem Umfang entschädigt werden und eine Aussöhnung erfolgt. Nur dann kann Darfur dauerhaft Frieden finden.